

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. November 1985
am Freitag, dem 8. November 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Berger (CDU/CSU)	66	Mann (DIE GRÜNEN)	47, 48
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	71	Michels (CDU/CSU)	53
Catenhusen (SPD)	2	Dr. Müller (Bremen) (DIE GRÜNEN)	12, 13
Conradi (SPD)	29, 30	Neumann (Bramsche) (SPD)	4, 5
Delorme (SPD)	58, 59	Frau Odendahl (SPD)	35
Diederich (Berlin) (SPD)	28	Pöppel (CDU/CSU)	6, 7
Dreßler (SPD)	56, 57	Reuter (SPD)	8
Dr. Ehrenberg (SPD)	67, 68	Rusche (DIE GRÜNEN)	49, 50
Fischer (Homburg) (SPD)	62, 63	Schäfer (Offenburg) (SPD)	11
Grünbeck (FDP)	42	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	1
Hinsken (CDU/CSU)	39, 44	Schreiner (SPD)	3, 65
Dr. Hupka (CDU/CSU)	16, 17	Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	20, 21
Immer (Altenkirchen) (SPD)	22, 23	Dr. Sperling (SPD)	45, 46
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	72	Stahl (Kempfen) (SPD)	60, 61
Jaunich (SPD)	33, 34	Stiegler (SPD)	27, 40
Kirschner (SPD)	43, 70	Ströbele (DIE GRÜNEN)	24, 25
Kißlinger (SPD)	51, 52	Suhr (DIE GRÜNEN)	14, 15
Klein (Dieburg) (SPD)	9, 10	Frau Terborg (SPD)	18, 19
Kuhlwein (SPD)	64	Vogel (München) (DIE GRÜNEN)	26
Dr. Lammert (CDU/CSU)	41	Zierer (CDU/CSU)	38, 69
Frau Dr. Lepsius (SPD)	31, 32	Frau Zutt (SPD)	54, 55
Lutz (SPD)	36, 37		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

1. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)

Aus welchem Grunde sollen die Forschungsmittel auf dem Gebiet der Fernwärme von 20 Millionen DM in den Jahren 1982 und 1983 über 9 Millionen DM in 1985 auf 0,4 Millionen DM in 1988 reduziert werden, und ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß die Fördermaßnahmen für Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der rationellen Energieverwendung, besonders der Fernwärme, keinesfalls abgebaut, sondern in der bisherigen Form fortgesetzt, wenn nicht gar ausgeweitet werden sollten?
2. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Sicherheitsstandards für die industrielle Produktion mit Hilfe gentechnisch manipulierten Organismen im Rahmen der Richtlinien der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit der Industrie auf dem Wege der freiwilligen Selbstbindung aufzuerlegen, und wie gedenkt die Bundesregierung die Befolgung dieser Richtlinien durch Industrieunternehmen, auch wenn diese beispielsweise nicht dem Verband der Chemischen Industrie angehören, sicherzustellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

3. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, im Rahmen des Programms für benachteiligte Jugendliche 3 200 neue Stellen zu schaffen, und nach welchen Gesichtspunkten sollen diese auf welche Bundesländer in welcher Höhe aufgeteilt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

4. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)

Wie viele Länder haben nach Kenntnis der Bundesregierung die am 10. Dezember 1984 verabschiedete UN-Folterkonvention unterzeichnet, und welche Gründe veranlaßten die Bundesregierung, dies bisher nicht zu tun?
5. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus dem Land Bayern Widerstände gegen die Ratifizierung der Europäischen Konvention gegen Folter von Seiten der Bundesregierung bestehen, und wie bewertet die Bundesregierung diese Position?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

6. Abgeordneter
Pöppl
(CDU/CSU)
- Ausgehend davon, daß der Bundesregierung bekannt ist, daß dann, wenn bei Schülern der in § 68 II 1 BAföG genannten Ausbildungsstätten, die bei ihren Eltern wohnen und deren Ausbildungsstätte von der Wohnung aus erreichbar ist, häufig ein Anspruch „dem Grunde nach“ im Sinne des § 26 Bundessozialhilfegesetz bejaht wird, ein unbefriedigender Zustand der Art entsteht, daß diese Schüler weder Ausbildungsförderung nach dem BAföG erhalten noch Sozialhilfeansprüche haben, ist sie bereit zuzugestehen, daß in dieser Frage – auch im Sinne einer bundeseinheitlichen Regelung – ein Regelungsbedarf für den Bundesgesetzgeber besteht, und wenn ja, wann wird sie entsprechende Schritte einleiten?
7. Abgeordneter
Pöppl
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung anderenfalls bereit, im Sinne der früher von Bundesminister Dr. Geißler vertretenen Auffassung bei den Obersten Landessozialbehörden darauf hinzuwirken, daß in solchen Fällen ein Anspruch auf Förderung „dem Grunde nach“ zu verneinen sei, um sozialpolitisch unbefriedigende Ergebnisse zu vermeiden, oder sieht sie andere Möglichkeiten, zu einer befriedigenden bundeseinheitlichen Regelung zu gelangen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

8. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Wie hat der ehemalige Staatssekretär Boenisch vor seiner Ernennung am 9. Mai 1983 den Punkt 33) des von ihm ausgefüllten Fragebogens beantwortet, in dem nach schwebenden Ermittlungs-, Straf- und Dienststrafverfahren gefragt wird?
9. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Hatte der ehemalige Staatssekretär Boenisch Nebeneinkünfte, die außerhalb seines Staatssekretärsgehaltes lagen, angezeigt, und hatte er während seiner Tätigkeit im Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung eine oder mehrere Nebentätigkeitsgenehmigungen?
10. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Falls Herr Boenisch während seiner aktiven Tätigkeit Nebeneinkünfte hatte, ohne eine Nebentätigkeitsgenehmigung zu besitzen, sieht sich die Bundesregierung durch ein solches Verhalten getäuscht, und welche Schlußfolgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

11. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wie vereinbart der Bundeskanzler seine Aussage, der Umweltschutz habe höchste Priorität mit bekanntgewordenen Bestrebungen, die bisherige Arbeitsgruppe „Umweltschutz“ in seinem Bundeskanzleramt aufzulösen und nur noch als Referat der bestehenden Gruppe „Forschungs- und Medienpolitik“ unterzuordnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

12. Abgeordneter
Dr. Müller
(Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Vertreter deutscher Firmen bei Botschaften der Bundesrepublik Deutschland im Ausland im diplomatischen Dienst eingestellt worden sind, ihre Stellen aber weiter von ihren Firmen finanziert werden?
13. Abgeordneter
Dr. Müller
(Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Welche rechtlichen Grundlagen bestehen für diese Einstellungen, bzw. welche Absprachen wurden mit den Firmen, die diese Personen vertreten, getroffen?
14. Abgeordneter
Suhr
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des südafrikanischen Friedensnobelpreisträgers Desmond Tutu, der zufolge die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und die USA das Haupthindernis bei der Abschaffung der Apartheid darstellen?
15. Abgeordneter
Suhr
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung zur Kenntnis genommen, daß die südafrikanische Polizei in Kapstadt bei der Bekämpfung von Rassenunruhen aus der Bundesrepublik Deutschland importierte Hubschrauber der Firma MBB eingesetzt hat, und wie bewertet sie dies?
16. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung in irgendeiner völkerrechtlich verbindlichen Form die Annexion der drei baltischen Staaten durch die Sowjetunion anerkannt?
17. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Bildung der Städtepartnerschaft zwischen einer Stadt der Bundesrepublik Deutschland und einer Stadt der heutigen „Sowjet-Litauen“, und sieht sie darin eine Präjudizierung ihres eigenen Verhaltens bezüglich der Nichtanerkennung der Annexion der drei baltischen Staaten durch die Sowjetunion?
18. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundes der Vertriebenen, daß sich Unklarheiten in der Deutschlandpolitik häufen würden, und die von vielen Heimatvertriebenen erwartete Wende in der Deutschland- und Ostpolitik ausgeblieben sei, und wie sieht sie das mit ihrer eigenen Position der Weiterführung der Ost- und Deutschlandpolitik früherer Regierungen?

19. Abgeordnete
**Frau
Terborg**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die vom Bund der Vertriebenen seit neuestem benutzte Vokabel „Gegenvertreibung“ und die erklärte Ansicht, daß die seit 1945 in den früheren deutschen Gebieten lebenden Polen dort kein Heimatrecht erworben hätten für hilfreich, um den Dialog mit Polen weiterzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

20. Abgeordneter
**Schulte
(Menden)**
(DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu einer Meldung der Badischen Zeitung vom 15. Oktober 1985, Kreisseite Lörrach, daß der Bundesminister des Innern, Dr. Zimmermann, Zustimmung zur Flußkühlung beim Atomkraftwerk Kaiserangst bei einem Gespräch am 9. Oktober 1985 signalisiert habe?
21. Abgeordneter
**Schulte
(Menden)**
(DIE GRÜNEN)
- Um wieviel Grad soll durch die Kühlung das Rheinwasser erwärmt werden?
22. Abgeordneter
**Immer
(Altenkirchen)**
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, ihre erklärte Absicht aufzugeben, gemäß § 14 Abs. 1 Satz 4 b der Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz eine Kannbestimmung durchzusetzen, die in besonderen Fällen die Erhebung eines Pfandes für Einwegverpackungen (z. B. Weißblechdosen) vorsieht?
23. Abgeordneter
**Immer
(Altenkirchen)**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, damit die rege Tätigkeit der Traditionsverbände der ehemaligen Waffen-SS, die der Verherrlichung der Nazi-Herrschaft und des Nazi-Krieges dient, zu unterbinden, und wie wird sie die Traditionsverbände der US-Army, die wie z. B. die 70. US-Inf.-Div. Ass., darüber aufklären, welche Rolle die SS-Verbände in den Konzentrationslagern und im Kriege gespielt haben, damit sie nicht immer wieder veranlaßt werden, sich mit den Nazis zu verbrüdern?
24. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß im Juli dieses Jahres von einer Kosmetikfirma beim Bundesministerium des Innern schriftlich angefragt wurde, was sie und deren Kunden mit den nicht mehr wiederverwendbaren, gebrauchten Kunststoffverpackungen ihrer Produkte machen soll, um Umweltgefährdungen zu vermeiden und daß das Ministerium bisher nicht geantwortet hat?
25. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung ein solches Schweigen mit Rücksicht auf die Umweltbelastung und die zur Zeit laufende Diskussion über eine sinnvolle Abfallbeseitigung für vertretbar?

26. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Auf Grund welcher gesetzlichen Grundlage erfolgte der Einsatz von Einheiten des Bundesgrenzschutzes während und nach der Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf am 12. Oktober 1985 in München?
27. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die zunehmenden Schwierigkeiten gerade ländlicher Gemeinden bei der Beseitigung von Klärschlämmen bekannt, und mit welcher Unterstützung des Bundes können die Kommunen bei der Lösung der dabei anstehenden Probleme rechnen?
28. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Gerüchte zutreffen, daß der in den USA verhaftete Sektenführer „Guru“ Bhagwan Shree Rajneesh die Absicht hatte oder hat, in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen, und wie würde sich die Bundesregierung im Falle eines Einreiseersuchens bzw. eines Versuchs der Einreise verhalten?
29. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Wie viele Personen, die 1977 im Rahmen der Schleyer-Entführung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses betroffen waren, wurden bis heute von diesem Eingriff in ihre Grundrechte nach Artikel 10 GG entsprechend § 5 Abs. 5 G-10-Gesetz in Kenntnis gesetzt, und wurde die Kontrollkommission nach § 9 Abs. 3 G-10-Gesetz darüber informiert, welche Gründe einer Mitteilung entgegenstehen?
30. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Werden die Beschränkungsmaßnahmen gegen (alle) nicht unterrichteten Personen nach wie vor durchgeführt?
31. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Warum hat der Bundesminister des Innern eine am 17. September 1984 gemeinsam vom Bundesminister des Innern und der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn durch Wissenschaftler kritisch gewürdigte Präsentation einer Studie von Frau Prof. Noelle-Neumann über „Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984“ vom Institut für Demoskopie Allensbach, mit einem Vorwort des Bundesministers des Innern versehen, jetzt veröffentlichen lassen, ohne daß die für eine Veröffentlichung vereinbarten Kommentare der Koreferenten Prof. Dr. Neidhardt und Prof. Dr. Ellwein, die die Ableitungen von Prof. Noelle-Neumann zum Extremisten-Potential als wissenschaftlich unhaltbar und tendenziös bezeichnet hatten, in die Studie aufgenommen und publiziert wurden?
32. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Ist sich die Bundesregierung des einseitigen Charakters der Entscheidung zur Nichtveröffentlichung einer zur Publikation vorgesehenen fachwissenschaftlichen Kritik an einer als tendenziös gekennzeichneten Studie über das Ex-

- tremismus-Potential bei jungen Leuten bewußt, und was wird sie gegen den Eindruck unternehmen, daß die Bundesregierung aus politischen Opportunitätsgründen den Rechtsextremismus verharmlost und den Linksextremismus dramatisiert bei einer insgesamt erheblich aufgeblähten Extremistenquote von 16,8 v. H. der Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren?
33. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die wissenschaftliche Analyse der Extremismus-Studie von Frau Prof. Noelle-Neumann unter Prof. Dr. Neidhardt zum Ergebnis gekommen ist, daß „dieses Projekt nicht zu Nutz und Frommen der Sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung eingesetzt und durchgeführt“ worden sei, und daß „zentrale Aussagen“, die das Institut behauptet, als „unmittelbar erscheinen“, und daß „ihre Ableitung wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügt“, und warum verhindert die Bundesregierung die Veröffentlichung dieser Analysen unter dem Vorwand der Kostenersparnis?
34. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Sollte die Bundesregierung nicht wissen, daß das Bundesministerium des Innern selber als Auftraggeber der Extremismus-Studie mit Schreiben vom 25. Oktober 1983 eine „Bestimmung des Extremismus-Begriffs“ vorgegeben hatte, „die unter Zugrundelegung möglichst allgemein anerkannter Kriterien . . . , abzustimmen sei“ und dabei die einschlägigen „oberstrichterlichen Entscheidungen zu Parteiverboten und zur Zulassung zum öffentlichen Dienst“, wie auch das Verfassungsschutzgesetz, berücksichtigt haben wollte, während das Allensbacher Institut diesen Auftrag weder erfüllt noch einen wissenschaftlichen Beitrag für einen theoretisch abgesicherten Extremismus-Begriff geleistet hat?
35. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD)
- Welche politischen Absichten verfolgt die Bundesregierung mit der Veröffentlichung der allgemein als dubios klassifizierten Studie zum Extremismus-Potential unter jungen Leuten von Frau Prof. Noelle-Neumann, und ist mit der Veröffentlichung einer Verharmlosung rechtsextremistischer Einstellungen im Kontext ihrer Regierungspolitik zu sehen?
36. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung in einem Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden mit dem Geschäftszeichen DI-211481/1 die Verfahrenskosten für Beamte und Exminister rückwirkend zum 1. Juli 1982 übernimmt, und wenn ja, gibt es einen vergleichbaren Vorgang in der Vergangenheit?
37. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Einkommensverhältnisse von Exministern so bedrängt sind, daß man zu besonderen Hilfen greifen muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

38. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Versicherungswirtschaft Einfluß zu nehmen, von den für die niederbayerischen und oberpfälzischen Autofahrer finanziell unerträglichen Belastungen Abstand zu nehmen, und welche konkreten Maßnahmen, z. B. anderer Zuschnitt von Regionalklassen, will die Bundesregierung ergreifen, um diese Folgen nicht Platz greifen zu lassen und die Aufhebung ihrer Verordnung, die Zustimmungspflicht betreffend, baldmöglichst zu veranlassen?
39. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß den Bewohnern des strukturschwachen ostbayerischen Raumes nicht zuzumuten ist, vom HUK-Verband bei Voll- und Teilkasko zusätzliche Prämien erhöhungen von 31,7 v. H. bzw. 27,1 v. H. bei Neuabschließen oktroyiert zu bekommen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung dagegen zu ergreifen?
40. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die von der Versicherungswirtschaft beabsichtigten gewaltigen Erhöhungen der Kraftfahrzeughaftpflichttarife in Ostbayern genehmigen, oder wird sie im Tarifgenehmigungsverfahren darauf drängen, daß auf die wirtschaftliche Lage dieses Raumes und das Einkommen der Arbeitnehmer dort Rücksicht genommen wird?
41. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung – unabhängig von den politischen Realisierungsmöglichkeiten – die Ergebnisse der im Auftrag der Wirtschaftswoche vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel vorgelegten Berechnungen über die volkswirtschaftlichen Wirkungen eines massiven Subventionsabbaus bei gleichzeitiger Steuerentlastung, insbesondere die dargestellten Arbeitsplatzwirkungen, von zusätzlich einer Million innerhalb von fünf Jahren?
42. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß beim Schulsparen bundesweit die Sparkassen gegenüber den Genossenschaftsbanken bevorzugt werden, und sieht sie Möglichkeiten, eine möglichst ausgewogene Lösung für alle Geldinstitute zu finden?
43. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Welche Gebühren (unterteilt nach den größten Zuständigkeitsbereichen) sind seit dem 1. Oktober 1982 durch Gesetze oder durch Beschluß der Bundesregierung erhöht worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

44. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie viele kleinere Unternehmen im Lebensmitteleinzelhandel mit bis zu fünf, bis zu zehn, bis zu 25 Beschäftigten in den Jahren 1983 und 1984 in der Bundesrepublik Deutschland wegen des Vordringens von Großmärkten zur Geschäftsaufgabe gezwungen wurden?
45. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Hat die Bundesregierung mittlerweile die Prüfung der Vorschläge zur Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, die die Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der Umweltministerkonferenz vorgelegt hat, abgeschlossen?
46. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wie ist das Ergebnis dieser Prüfung, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
47. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Wann hat die Bundesregierung ihre Zustimmung zum Export von Tornado-Kampfflugzeugen nach Saudi-Arabien erteilt?
48. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Verfolgt die Bundesregierung bei ihrer Rüstungsexportpolitik das vom Bundeskanzler angegebene Ziel „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“?
49. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß allein 1982 von der saudi-arabischen Grenzpolizei militärische und polizeiliche Ausrüstungen im Wert von 1 Milliarde DM in der Bundesrepublik Deutschland gekauft bzw. bestellt wurden?
50. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN) Wann hat die Bundesregierung den Export von BO 105 Panzerabwehrhubschraubern nach Saudi-Arabien genehmigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

51. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD) Existieren von seiten der Bundesregierung aktuelle Abschätzungen der Schäden, die durch den Subventionsbetrug beim Handel mit solchen Produkten pflanzlichen und tierischen Ursprungs entstehen, die den EG-Agrarmarktordnungen unterliegen?
52. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß unseriöse Geschäftemacher einen großen Teil der für den Agrarhaushalt aufgewendeten Steuermilliarden widerrechtlich oder am Subventionszweck vorbei vereinnahmen?

53. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung angeben, welche Mengen an Marktordnungsprodukten wie Milch, Getreide, Rindfleisch und Zucker trotz der Überschussituation auf dem Gemeinsamen Markt in die Bundesrepublik Deutschland und in die Europäische Gemeinschaft im Jahre 1984 eingeführt wurden?
54. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD) Trifft es zu, daß das Fischereiforschungsschiff „Anton Dohrn“ zum 31. Juli 1986 stillgelegt werden soll, und wenn ja, wie sieht der Sozialplan für die Besatzung des Schiffes aus?
55. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD) Besteht die Absicht, weitere Forschungs- oder Fischereischutzboote stillzulegen, wenn ja, wann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

56. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Wann gedenkt die Bundesregierung den vom Deutschen Bundestag am 12. September 1985 einstimmig gefaßten Beschluß zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung bezüglich einer auf acht Jahre bemessenen Rahmenfrist als Voraussetzung für die „besondere Arbeitserlaubnis“, durch die Vorlage einer entsprechenden Änderungsverordnung zu befolgen?
57. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es eine wesentliche Erleichterung für viele ausländische Arbeitnehmer ist, wenn der Nachweis von fünf Beschäftigungsjahren zur Erlangung einer „besonderen Arbeitserlaubnis“ innerhalb einer Frist von acht Jahren erbracht werden kann und die schnelle Verankerung einer entsprechenden Frist im Interesse der betroffenen ausländischen Arbeitnehmer liegt?
58. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Unterstützt die Bundesregierung die Forderung des Bundesverbandes der Kehlkopfflosen, bei der beabsichtigten Änderung des Schwerbehindertengesetzes die Kehlkopfflosen, die durch den Verlust ihrer natürlichen Stimme erhebliche Kommunikationsschwierigkeiten haben, generell wieder denjenigen Behinderten gleichzustellen, die Anspruch auf unentgeltliche Beförderung im Nahverkehr haben?
59. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Berücksichtigt die Bundesregierung dabei, daß die Selbsthilfegruppen der Kehlkopfflosen – die sich durch regionale Zusammenkünfte bemühen, die Betroffenen aus ihrer Isolation herauszuführen – weit über das Bundesgebiet verstreut sind, und viele Kehlkopfflosen seit dem Wegfall der Freifahrtberechtigung aus finanziellen Gründen nicht mehr an diesen Zusammenkünften

teilnehmen können, zumal sie wegen ihrer Behinderung zumeist mit ihren Ehepartnern reisen müssen und dadurch doppelte Fahrkosten entstehen?

60. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit der Bereinigung der sehr unsicheren Rechtslage hinsichtlich der praktischen Handhabung des Hausarbeitstagesgesetzes in den Betrieben der Wirtschaft, unter welchen Gesichtspunkten wird eine Bereinigung der Rechtslage für notwendig erachtet?

61. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bislang keine Klarheit für die Handhabung des Hausarbeitstagesgesetzes geschaffen, wo doch schon seit langem eine klare Regelung auf Grund von Gerichtsentscheidungen verschiedener Instanzen für notwendig angesehen wird, und für wann erachtet die Bundesregierung eine Bereinigung der Rechtslage für notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

62. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)

Ist es richtig, daß das Bundesministerium der Verteidigung ab 1986 im Saarland Tiefflüge in einer Höhe von 75 bis 150 Metern über dem Erdboden zulassen will?

63. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, eines der zwei im Jahre 1984 beschafften oder eines der drei neuen Skyguard-Radargeräte im Saarland aufzustellen?

64. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Nach welchen Maßstäben genehmigt die Bundesregierung kostenlose Mitflüge in Luftfahrzeugen der Luftwaffe zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, soweit die Mitflugerlaubnisse nicht aus dienstlichen Gründen oder Fürsorgegründen veranlaßt sind?

65. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung mit welcher Zielrichtung diejenigen Regionen, wie z. B. das nördliche Saarland, die in besonderem Maße von militärischen Fluglärmbelästigungen betroffen sind, wirksam zu entlasten?

66. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß in der Sowjetunion mobile Interkontinentalraketen eines neuen Typs aufgestellt werden, die nicht den Bestimmungen des SALT II-Abkommens entsprechen, sondern im Gegenteil diese verletzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

67. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß – entgegen ihrer schriftlichen Antwort Drucksache 10/3539, Fragen 19 und 20 – die Deutsche Bundesbahn keinerlei Bemühungen unternommen hat, die Schwierigkeiten der Anschlüsse in Bremen auf der Fahrt von Wilhelmshaven nach Bonn „so weit wie möglich zu beseitigen“, und hält es die Bundesregierung für angebracht, daß immer noch ein Teil der Züge aus Wilhelmshaven/Oldenburg Bremen um -51 Uhr erreicht, während der IC Hamburg—Bonn Bremen um -50 Uhr verläßt?
68. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es mit der Tradition deutscher Eßkultur für vereinbar, daß in immer mehr IC-Zügen die alten guten Speise-Restaurants durch „Quick-Piks“ abgelöst werden, in denen den Gästen zugemutet wird, Kaffee aus Plastiktassen und ihr Essen von Papptellern zu sich zu nehmen?
69. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Welche Bestrebungen der Deutschen Bundesbahn gibt es, im Zuge der Umstrukturierung des Personennahverkehrs einzelne Bahnhöfe im Bundeswahlkreis Regensburg stillzulegen, und wenn ja, ab welchem Zeitpunkt ist diese Maßnahme geplant?
70. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie hoch ist in den Hauptverkehrszeiten der prozentuale Anteil der Intercity-Züge, die entsprechend dem Fahrplan pünktlich abfahren?
71. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß diese sich an Plänen zur Verbesserung des „ÖPNV“ in schwachstrukturierten Flächenkreisen wie z. B. dem Landkreis Nordfriesland beteiligt?
72. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung die Zusicherung der Deutschen Bundesbahn (DB) vom September dieses Jahres an die Landesregierung von Baden-Württemberg, der Hauptbahnhof Ulm bleibe künftig wie heute voll in das Schnellverkehrssystem IC und ICE eingeschlossen, damit zu vereinbaren, daß die DB in ihrer Informationsschrift „Der Vorstand der Deutschen Bundesbahn INFORMIERT“, Ausgabe Oktober 1985, unter der Rubrik „Neubau- und Ausbauprojekte“ nicht mehr von zwei Varianten der Ausbau- bzw. Neubaustrecke Stuttgart—München ausgeht, sondern nur noch eine Strecke Plochingen—Günzburg—Augsburg erwähnt, womit sich der DB-Vorstand in Widerspruch zu der angefügten Karte des Bundesverkehrswegeplans 1985 über das Schienennetz der DB setzt?

Bonn, den 31. Oktober 1985

